

# Schnegg macht Kiffer für Überbelastung der Psychiatrie mitverantwortlich

**Problematischer Cannabiskonsum** Die Psychiatrieeinweisungen wegen Cannabis haben zugenommen. Der bernische Gesundheitsdirektor kritisiert die «liberale» Drogenpolitik.

Andres Marti  
und Brigitte Walser

Pierre Alain Schnegg (SVP) attackiert die aktuelle Drogenpolitik: «Statt den Drogenkonsum zu verurteilen und zu bekämpfen, verharmlosen wir ihn und unternehmen Schritte zu einer Liberalisierung.» Dies hielt der bernische Regierungsrat gestern Freitag anlässlich der Jahresmedienkonferenz seiner von ihm geführten Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion fest. Nachdem er über die vielen Herausforderungen im Gesundheitswesen gesprochen hatte, ging Schnegg auch noch kurz auf die Drogen ein.

Immer häufiger führe der Cannabiskonsum von Jugendlichen zu «Hospitalisationen», so Schnegg. Das sei eine unnötige «Zusatzbelastung», zumal die Psychiatrien und Spitäler Angebote zurückfahren müssten, «weil sie überlastet sind und unter dem Fachkräftemangel leiden».

## Expertin ordnet ein

Schnegg erwähnte eine Studie, die im Dezember publiziert wurde und an der Fachleute der Universität Bern beteiligt waren. Laut dieser haben die Eintritte in Psychiatrien im Zusammenhang mit Cannabiskonsum von 1998 bis 2020 stark zugenommen. Diese Aussage stützt sich auf eine Auswertung der Hauptdiagnosen aller psychiatrischen stationären Fälle in der Schweiz. Die Mehrzahl der Fälle wurde bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen gefunden, wobei das Problem bei Männern im Vergleich zu Frauen stärker zunahm.

Gemäss den Studienautoren müsste man aufgrund dieser Resultate prüfen, ob sich in eine künftige Cannabisregulierung Massnahmen für eine bessere psychische Gesundheit einfügen lassen.

Die Forderung in der Studie teilt Rahel Gall. Die Geschäftsleiterin von Contact, der Berner Stiftung für Suchthilfe, hält auf



Regierungsrat Pierre Alain Schnegg spricht anlässlich der Jahresmedienkonferenz seiner Direktion auch über Cannabis. Foto: Raphael Moser

Anfrage fest: «Jede Einweisung in die Psychiatrie aufgrund von Substanzkonsum ist eine zu viel.» Man müsse die Zahlen allerdings einordnen. Die Einweisung aufgrund von Alkoholkonsum sei viel höher und belastete das System also viel mehr, sagt die Suchtexpertin. Tatsächlich: Nur knapp ein Prozent aller in der Studie gezählten psychiatrischen Diagnosen betreffen Cannabis. Alkohol hingegen betreffen fast 16 Prozent.

Rahel Gall ist überzeugt, dass ein Verbot von Cannabis die Häufigkeit des Konsums kaum beeinflusst: Ländervergleichende Studien zeigten, dass die Anzahl von Suchterkrankungen nicht davon abhängt, ob der Kon-

sum einer Substanz legal sei oder nicht.

Dass der Cannabiskonsum riskant ist, bestreitet die Suchtexpertin nicht. Denn auch wenn viele Menschen Cannabis un-

## Herausforderung Integration: Jahresmedienkonferenz

Pierre Alain Schnegg sieht den Kanton vor grossen Herausforderungen. Das Thema Integration werde ein Leitmotiv in den kommenden Jahren sein, erklärte der Regierungsrat gestern in Bern. Ein Ende des Kriegs in der Ukraine sei nicht absehbar. Es werde nötig, verstärkt über eine Integration der Flüchtlinge nachzudenken, sagte Schnegg und nahm den Bund in

problematisch konsumierten, so berge es Risiken, insbesondere für Jugendliche.

Eine Drogenpolitik, die den Cannabisgebrauch kriminalisiere, sei hier allerdings kontra-

die Pflicht. Auch der Zustrom von Flüchtlingen aus anderen Ländern stieg stark an. Dabei stellen sich laut Schnegg grundsätzliche Fragen zu Integration und Sozialhilfe.

Thema waren gestern auch die Projekte der Direktion, etwa das Neue Fallführungssystem für die Sozialhilfe oder das «Ambulance-Pad2» für elektronische Einsatzprotokolle aller Ambulanzen. (sda)

«Statt den Drogenkonsum zu verurteilen und zu bekämpfen, verharmlosen wir ihn.»

Pierre Alain Schnegg  
Gesundheitsdirektor (SVP)

stanz möglich und der Zugang zu Präventionsangeboten würde erleichtert.

Gall verweist auf geplante Versuche. Solche sind auch im Kanton Bern vorgesehen und sollen aufzeigen, wie eine kontrollierte Abgabe von Cannabis auszugestalten wäre. Einer davon sieht den Verkauf in Apotheken vor. Dort könne Verkaufspersonal Beratung und Unterstützung anbieten, etwa bei Personen mit psychischen Leiden, was im derzeitigen illegalen Markt nicht der Fall sei, schreibt Studienleiter Reto Auer vom Berner Institut für Hausarztmedizin auf Anfrage. Er hat auch an der von Schnegg erwähnten Studie mitgearbeitet.

## Keine Handhabe

Die Gesundheitsdirektion unter Schnegg hat sich gegen Versuche gewehrt. Eine Cannabis-Abgabe zu nicht medizinischen Zwecken lehne sie «dezidiert» ab, schrieb die Regierung. Es gebe bereits genügend Studien zur Legalisierung, und die negativen Auswirkungen des Konsums seien hinlänglich bekannt. Schon einige Jahre zuvor hatte sie festgehalten: Aus präventiver Sicht gehe es darum, jeglichen Konsum von Substanzen, der gesundheitsschädliche Folgen haben könne, zu vermeiden.

Der Kanton hat allerdings keine Handhabe, denn das Betäubungsmittelgesetz erlaubt Studien zur Cannabisabgabe, sofern sie vom Bundesamt für Gesundheit bewilligt sind.